Stand: 10.11.2025 21:11:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/873

"Rasche Umstufung der B 8 bei Markt Bibart"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/873 vom 25.02.2014
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1791 des WI vom 27.03.2014
- 3. Beschluss des Plenums 17/1980 vom 15.05.2014
- 4. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 15.05.2014



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.02.2014 Drucksache 17/873

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Rasche Umstufung der B 8 bei Markt Bibart

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für eine rasche Umstufung der Ortsumgehung von Markt Bibart zur Bundesstraße und die Abstufung der vorhandenen Ortsdurchfahrt zur Ortsstraße einzusetzen.

Dadurch soll möglichst zeitnah die Voraussetzung geschaffen werden, die Ortsdurchfahrt von Markt Bibart für den Lkw-Verkehr zu sperren.

Begründung:

Besonders der Lkw-Verkehr auf der B 8 durch den Ort bringt eine enorme Lärmbelastung für die Bürger von Markt Bibart. Aus diesem Grund hat die Gemeinde nach dem Finanzierungsmodell "Staatsstraßenumgehungen in gemeindlicher Sonderbaulast" eine Umgehungsstraße gebaut. Die als Staatsstraße eingestufte Umgehung wird aber kaum genutzt, gerade abends und nachts nehmen viele Lkw weiterhin die Abkürzung durch die Ortschaft.

Um die rechtlichen Voraussetzungen für ein Durchfahrtsverbot für Lkw durch den Ort zu schaffen, soll die Ortsumgehung in eine Bundesstraße und die Ortsdurchfahrt in eine Ortsstraße umgestuft werden. Dies ist laut Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr im Gange, soll aber mindestens noch bis Anfang 2015 dauern. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese Umstufung so lange Zeit in Anspruch nimmt. Um die Lärmbelastung für die Markt Bibarter Bürger schnellstmöglich zu mindern, ist eine Umstufung der B 8 noch im Jahr 2014 zu vollziehen.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

27.03.2014 Drucksache 17/1791

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/873

Rasche Umstufung der B 8 bei Markt Bibart

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: Gabi Schmidt Mitberichterstatter: Walter Nussel

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 27. März 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

15.05.2014 Drucksache 17/1980

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/873, 17/1791

Rasche Umstufung der B 8 bei Markt Bibart

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für eine rasche Umstufung der Ortsumgehung von Markt Bibart zur Bundesstraße und die Abstufung der vorhandenen Ortsdurchfahrt zur Ortsstraße einzusetzen.

Dadurch soll möglichst zeitnah die Voraussetzung geschaffen werden, die Ortsdurchfahrt von Markt Bibart für den Lkw-Verkehr zu sperren.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

1

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen - -

(Unruhe)

- Ich weiß nicht, wir haben gerade ein Gesetz im Bereich der Erziehung verabschiedet.

Vielleicht muss ich hier noch einmal darangehen. Ich schicke Ihnen in Zukunft alle

Briefe und E-Mails zu und lasse sie von Ihnen beantworten.

Wir befinden uns in der Abstimmung über die Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstim-

mungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen

vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstim-

mungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine.

Stimmenthaltung? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Syrische Kontingentflüchtlinge: Versprechen halten, Wohnungen sofort bereitstellen!

Drs. 17/272, 17/1796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausbau der B 26 in Aschaffenburg neu planen Drs. 17/682, 17/1790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

zur 17. Vollsitzung am 15. Mai 2014

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Rasche Umstufung der B 8 bei Markt Bibart Drs. 17/873, 17/1791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über die Aktivitäten und Stellungnahmen der Staatsregierung hinsichtlich der Bayern betreffenden geplanten HGÜ-Stromleitungen sowie zum Netzausbaubedarf Drs. 17/917, 17/1794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Anschluss von Neustadt a.d.Aisch an die Nürnberger S-Bahn Drs. 17/970, 17/1795 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Berthold Rüth u.a. CSU Umsatzbesteuerung von Schulessen bzw. Essen in Kindertagesstätten Drs. 17/981, 17/1793 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

zur 17. Vollsitzung am 15. Mai 2014

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER, Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nachhaltige und faire Beschaffung Drs. 17/1178, 17/1689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z